

Honorarlehrer und Honorarlehrerinnen!



Haltet mit!

Mischt euch ein in den Widerspruch gegen Sozialabbau!

Wir sind schon lange Ich AG – aber ohne öffentliche Unterstützung.
Uns zählt man gar nicht mit bei den Arbeitslosen
– Stellen für uns gibt es nicht. Wir sind ganz **frei** – von allem.

Sind Sie auch freiberuflich LehrerIn? Bist du auch freiberuflich LehrerIn?
Oder gehen Sie schon mal als Erwachsene in eine Fortbildung, in eine Nachqualifizierung?

Mit diesem Brief wollen wir euch einen Überblick geben über Zustände und die in den letzten Jahren gemachten Anstrengungen für bessere Arbeitsbedingungen bei Honorartätigkeiten im außerschulischen Bildungsbereich

Es gibt Missstände, die sehen so aus:

Obwohl wir im Sinne des Unternehmerbegriffs nicht Selbständige sondern abhängig Arbeitende sind, müssen wir die Rentenbeiträge zu 100 % zahlen, wir sind bisher gezwungen einen pauschalen Bemessungssatz der Krankenkassen zu bezahlen, der je nach Einkommen mit 33% bis 20% im monatlichen Budget durchschlägt. Bei Krankheit verlieren wir u.U. den Lehr-Auftrag, bei Kursausfall oder einer eigenen Weiterbildung ebenso, ein Arbeitslosengeld-Äquivalent ist nirgendwo vorgesehen.

Es gibt weder eine Planungssicherheit für Arbeitszeiten noch für Einkünfte über längere Zeit. Die Lehr-Aufträge haben kurze Laufzeiten – zwischen 1 Abend bis zu 6 Monaten – und sind jeweils befristet. Die Träger vermeiden es, sich durch Zusagen für Folgeverträge in den Zwang der unbefristeten Anstellung zu begeben: Die gesetzliche Kettenvertragsregelung lässt nur 1 Fortsetzung einer befristeten Tätigkeit zu.

Im Betriebsverfassungsgesetz existieren wir nicht.

Da die Lehraufträge in vielen Fällen ihre(n) Frau (Mann) nicht ernähren, lösen wir alle diese Probleme mit vielfältigem Unterrichten bei mannigfaltigen Auftraggebern. So sehen wir uns KollegInnen von einem Termin zum nächsten durch die Landschaft hetzen – noch Kinder erziehend, Eltern pflegend, Journalismus betreibend, übersetzend, beratend und und...
Natürlich immer guter Laune – Entertainment ist der halbe Job.

Um auf ein dem bundesdeutschen Durchschnitt vergleichbares Einkommen zu kommen, geben viele von uns bis zu 40 Stunden Unterricht in der Woche – plus Vorbereitungszeit. Andere versuchen, mit wenig Einkommen ihr Auskommen zu haben – sind ausgeglichener, aber arm.

Ist ja nur übergangsweise! Ja? Manchmal.

Für viele von uns bleibt das freiberufliche Unterrichten der Haupterwerb auf Lebenszeit. Dafür stehen neben der Arbeitsmarktlage auch spezielle Bedingungen der HonorarlehrerInnen, die im gesamten Weiterbildungssystem» hemmungslos „genutzt“ werden. Nach Schätzungen stehen in der Bundesrepublik 100 000 Festangestellte der Träger 900 000 Arbeitskräften im Honorar-Arbeitsverhältnis gegenüber, die jetzt durch Kündigungen der angestellten weiter steigen.

Wehrt sich denn da keine – und keiner? Doch.

– **Prozesse** einzelner LehrerInnen auf Festanstellung endeten überwiegend in der 3. Instanz (Bund) mit der Begründung: die Honorarkraft sei nicht im Sinne von schulischen Lehrern weisungsgebunden (Methode, Lehrplan, Zeit, Ort, Teilnehmer), sondern als selbständige Unternehmerin zu definieren.

In Wiesbaden konnte die Weisungsbindung in der 2. Instanz festgestellt werden, KollegInnen wurden eingestellt, aber die Stadt Wiesbaden reduzierte wegen der erhöhten Lohnkosten das Kursangebot ihrer Volkshochschule – so dass weniger Honorarkräfte Arbeit bekommen.

Zusätzliche Gelder wurden in den Etat nicht eingefügt.

Die KollegInnen der VHS Hannover konnten mit einer Klage Anstellungen in Kursen erreichen, die staatliche Bildungsaufträge / Prüfungsziele haben.(2003)

– **Auseinandersetzung mit Arbeitsämtern:**

Als in den 80ern schon sichtbar wurde, dass die Honorartätigkeit nicht mehr das Zubrot für staatliche Lehrer bleibt, sondern eine große Gruppe von AkademikerInnen ohne Arbeit betrifft, setzte sich die Weiterbildungsgruppe der GEW (Stuttgart) mit den Arbeitsämtern, (Geldgeber für Fort- und Weiterbildung) darüber auseinander, dass Unterrichtsprojekte staatlicherseits nach der Maßgabe von Billig-Angeboten statt nach pädagogischer Qualität und Anstellungssicherheit vergeben wurden. Einige Anstellungen konnten erreicht werden; der größere Teil der Unterrichtenden blieb weiterhin das „Freiwild“ der Weiterbildung. Bis zum heutigen Tag distanzieren sich öffentliche Auftraggeber von ihrer Mitverantwortung für diese unsozialen Beschäftigungsverhältnisse.

– **Änderung der Gesetzgebung**

Im Herbst 2001 lehnte der Deutsche Bundestag ein Bundesrahmengesetz zur Weiterbildung ab, das auch tarifvertraglich geschützte Beschäftigungsbedingungen und eine ausreichende soziale Sicherung der Lehrkräfte vorsah.

– **Aktivitäten einzelner KollegInnengruppen bei ihren Träger-Betrieben:**

Die KollegInnen der Volkshochschule Köln haben mit Unterstützung der »GEW Köln« und mit den »Freiberuflichen Lehrern« bei dem Rat der Stadt die 50%e Rentenversicherungszuzahlung erreicht; das wurde nach einem juristischen Gutachten* zurückgenommen und als ein Gegengutachten vorgelegt wurde, war das Geld verschwunden. (*Problem des Anstellungszwangs bei Zuzahlung)

Für die VHS (Berlin, Fürth, München, Freiburg, Braunschweig...) konnte ebenfalls durch Verhandlungen und Klagen erreicht werden, dass RV und/oder KV an nachweislich Haupterwerbliche mit 10% des Honorars gezahlt werden.(2002/03) Aktuell (2004) besonders zu erwähnen ist die Gruppe Kieler KollegInnen, die in zweijähriger Gesprächs- und Protestarbeit erreicht hat, dass die Stadt der VHS Kiel einen Betrag zur Zuzahlung der Rentenversicherung bewilligt. Bei näherem Hinsehen allerdings sollen aus diesem Betrag hauptamtliche Fachbereichsleiterstellen durch Honorarkräfte besetzt und bezahlt werden. Die Stadt Kiel kürzt gegenwärtig den Gesamtetat der Kieler VHS.

– **Betriebsübergreifende Aktivitäten**

Die »Aktion Butterbrot« München, »Freiberufliche Lehrer«, der »kölnner workshop« vernetzen die gemeinsamen Interessen von LehrerInnen in der Weiterbildung durch Herstellung von Öffentlichkeit und direkte Forderungen an Verwaltungen, Gewerkschaften und Parteien.

Da das Aktivwerden für die eigenen Arbeitsbedingungen zusätzliche Kräfte kostet, erschöpft sich die Aktivität nach einiger Zeit. Und da die Zugeständnisse an der jeweiligen Einrichtung an spezielle KollegInnen gemacht werden, ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefährdet, wenn diese aktive Gruppe die Einrichtung verlässt. Solange nicht über längerfristige Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge oder andere gesetzliche Bestimmungen abgesichert wird, ist das mühsam Erreichte fragil. Die Sonderrechte in dieser oder jener Einrichtung tragen zudem im Sinne europäischer Verträge zu Wettbewerbsverzerrungen bei, die angreifbar sind. Deshalb sind verbindlich gültige Regelungen durch Gesetze zur Sicherung unserer Lebensbedingungen erforderlich.

Unter dem Eindruck zunehmender Arbeitslosenzahlen und den wirtschaftlichen Veränderungen sollten wir uns nicht mehr still marginalisieren lassen. Wir haben schon lange keine sichere Arbeit und fordern nur, was für andere bisher noch selbstverständlich war:

- **V**ertretungsrecht im Betriebsrat unserer Träger
- **R**entenversicherungszahlung des Trägers – und zwar für gesetzliche oder private Versicherungen
- prozentual gleiche Bemessung in der **K**rankenversicherung wie jeder andere Arbeitnehmer
- für beides bietet sich die Einrichtung einer **S**ozialkasse f. **F**reie **L**ehrberufe an
- **H**onorare müssen sich an den durchschnittlichen Lehrerbesoldungen orientieren und berechnen (ohne Sonderzulagen 40 Euro pro Stunde)

Am 1. April findet in Berlin ein Gespräch zwischen VertreterInnen der GEW, von ver.di, HonorarlehrerInnen und dem Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung zu diesen Forderungen statt. Die anhängende **Unterschriftenliste** ist dafür sehr nützlich. Bitte schickt Sie an Aktion Butterbrot nach München oder direkt an Herrn Franz Thönnies, BM für Gesundheit und Soziale Sicherung, PF 500, 53 108 Bonn.

Wir unterstützen die Forderungen des europäischen Protesttags und des Europäischen Sozialforums gegen die rapide Verschlechterung unserer Lebensbedingungen auf der Demonstration am 3. April 2004.

Kommt mit! Zeigt, dass es euch gibt. Macht euch sichtbar. Bildet Gruppen.
Geht irgendwo im Zug mit oder ab der Silberstraße 7 (ver.di und GEW)

Demonstration und Kundgebung in Stuttgart **3. April 10.00 Liederhalle /12.00 Schlossplatz**

LehrerInnen in der Weiterbildung, Stuttgart, ute.goelz@gmx.de , 0711 / 223 85 10